

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Einzelpreis 10 Mg.

Anzeigenpreis: Die 10 geteilte Wirtmerzele ober deren Raum 10 Reichspennig Stellen- und Wohnungsgelege-
heimlichkeits-, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5 Reichspennig. — Für komplizierten Satz Aufschlag. — Kellamapreis: Die
geteilte Wirtmerzele ober deren Raum im Text 50 Reichspennig.

Organ der KPD., Bezirk Schlesien
Begründer von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet).

Bezugspreis: Im Abonnement bei Vorbestellung monatlich 3,00 Reichsmark, bei Nachnahme monatlich 3,20 Reichsmark, bei Postnachnahme monatlich 3,50 Reichsmark. Einzelnummern 10 Reichspennig. — Redaktions- und Expeditions-Zustellung
Straße 20, Postfachnummer Postfach 544, Breslau.

7. Jahrgang.

Dienstag, 2. Juni 1925

Nummer 126

Der Aufruf der sächsischen Sozialdemokraten

und was daraus für jeden denkenden Arbeiter folgen sollte

Von Ruth Fischer.

Es ist nicht ganz ein Jahr her, seit auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei eine Kommission unter dem Vorsitz Barmat-Heilmanns den sogenannten sächsischen Konflikt „beigelegt“ hat.

Der Konflikt besteht, um es mit einem Wort zu sagen, darin, daß von den 40 sächsischen Landtagsabgeordneten 23 mit den bürgerlichen Parteien einen Bürgerblock gebildet haben. Sie sitzen in einer Koalitionsregierung mit der Volkspartei, die in Sachsen so weit rechts steht, wie sonst nirgends. Diese Regierung wird von allen bürgerlichen Parteien, auch den Deutschnationalen, unterstützt, denn sie ist eine wahrhaft rechte Regierung, nicht trotz, sondern gerade wegen ihrer sozialdemokratischen Mehrheit. Die 17 übriggebliebenen Sozialdemokraten der 40-Männer-Fraktion der SPD. nennen sich „Linke“ und „bekämpfen“ ihre Fraktionsgenossen, die sie „Rechte“ nennen, durch homerisches Geschimpfe. Zene aber, welche getreulich die Politik machen, die ihnen Bels, Crispian, Dittmann und Hermann Müller nicht nur vorschreiben, sondern jahrelang in Preußen und im Reich vorgemacht haben, lassen sich durch das Geschrei ihrer ohnmächtigen „Linken“ Fraktionskollegen nicht rühren und erfüllen eifrig alle Befehle der reaktionären Parteien — wie das jetzt bei der Durchpfeilung der reaktionären Gemeindeordnung am kräftigsten in Erscheinung getreten ist.

Der sächsische Konflikt besteht nun darin, daß die Mitgliedschaft der SPD. in Sachsen ohne Ausnahme gegen diese Politik der bürgerlichen Parteien ist, die sie in den Landtag geschickt hat, und die dort machen, was ihnen, den 23, gut scheint.

Die sächsische Mitgliedschaft verlangt „Remedur“ und wendet sich in einem Aufruf an die Gesamtpartei, die sie um „Silfe“ ansieht. Die sogenannten Linken Führer der sächsischen Organisation, die deshalb „Linken“ sind, weil die Mitglieder es sind, führen seit anderthalb Jahren die Mitglieder an der Nase herum und machen ihnen Hoffnungen, die unerfüllbar sind.

Ein denkender sozialdemokratischer Arbeiter sollte sich nun die folgenden Fragen vorlegen:

1. Ist die Politik der 23 folgerichtig oder die der 17?
2. Macht die Gesamtpartei eine Politik, die verschieden ist von der der 23?
3. Auf welcher Seite muß der Parteivorstand sein, auf der der 23 oder der 17?
4. Kann die Politik der SPD. überhaupt geändert werden?

*

Die Politik der 23 ist durchaus folgerichtig. Sie, nicht die traurigen 17, die lediglich schimpfen können, haben vom Standpunkt der SPD. recht.

Die SPD. ist keine revolutionäre Partei und will keine sein. Die Parteipresse der SPD., an ihrer Spitze der „Vorwärts“, betont tagtäglich, daß die SPD. eine „reformistische“ Partei ist. Aber sie lägen, ebenso wie sie vor dem Kriege lagen, als sie die Reformisten „bekämpften“ und sich eine revolutionäre Partei nannten. Jetzt haben sie einen Block zurückgestellt. Sie nennen sich offen eine reformistische Partei. Als die USPD. zur SPD. ging, da war das offene Bekenntnis ihres Ueberganges zum Reformismus, das öffentliche Begräbnis ihrer revolutionären Phrasen. — Wir Kommunisten hatten das schon 1920 bei der Spaltung in Halle vorausgesagt. Wir sagten damals: es gibt nur zwei Wege, nicht drei. Der eine, das ist der Weg der Kommunistischen Partei, zu der jetzt die größere Hälfte der USPD. steht. Der andere, das ist der Weg Kossels, den die Crispian und Hilferding beschreiten müssen, mögen sie sich jetzt (Oktober 1920) noch so hoch spreizen und noch so laut gaderen über ihre Treue zum „Käsepfennig“ und zur Diktatur des Proletariats. All ihr albernem Gerede über die „Diktatur von Kossel“ und die schredlichen 21 Aufnahmebedingungen werden sie nicht hindern, bedingungslos unter die Fuchtel der Kossel-Partei zu kriechen.

Die Kossel-Partei aber kann und wird nur bürgerliche Politik machen, denn sie hat alle Grundzüge des Sozialismus, selbst in Worten, längst von sich geworfen.

So sprachen wir Kommunisten 1920 in Halle. Wir haben Punkt für Punkt recht behalten. Und es ist eine erbärmliche Feigheit und eine krankige Kinderlei, den 23 vorzumerzen, daß sie das geliebte, was sie immer waren: Getreue Politiker der Kossel-Heilmann-Heilmannischen Schule.

Es gibt nur eins von beiden: entweder revolutionäre Klassenpolitik oder reaktionäre bürgerliche Klassenpolitik. Innerhalb dieser bürgerlichen Politik kann es Schattierungen geben und gibt es Schattierungen; aber ihr Wesen besteht darin, daß sie gegen das Proletariat, gegen alle arbeitenden Klassen und für die Aufrechterhaltung der unumschränkten Herrschaft der Bourgeoisie und des Kapitals ist.

Der Prozeß gegen die Zentrale der KPD. vertagt!

Der Reichsanwalt sammelt neues Material — Prozeß gegen den Genossen Maslow — Geht Niedner?

Berlin, 2. Juni.

Eine bürgerliche Volkskorrespondenz meldete am Sonntag folgendes:

„B. S. Der Prozeß gegen prominente Mitglieder der Zentrale der Kommunistischen Partei, der ursprünglich noch im Mai abgewickelt werden sollte, ist nunmehr auf den Oktober dieses Jahres verschoben worden. Die Vertagung war notwendig, weil die Reichsanwaltschaft das Material, das sich im Tscheta-Prozeß ergeben hat, zum Teil gegen die angeklagten kommunistischen Führer verwenden will. Aus diesem Grunde ist möglicherweise auch mit einer Erweiterung der Anklage zu rechnen.“

Ferner beabsichtigt der Staatsgerichtshof gewisse Maßnahmen als Einleitung zu diesem Prozeß zunächst die Verhandlung gegen den Kommunisten Maslow durchzuführen, der bekanntlich zusammen mit Frau Fischer-Gohlke der Exponent der radikalen Richtung der KPD. ist. Schließlich soll auch noch eine Verhandlung abgewartet werden, die voraussichtlich im Juli den Staatsgerichtshof beschäftigen wird. Es handelt sich hier um einen Tscheta-Prozeß, allerdings in kleinerem Ausmaß, da eine Anzahl medienburgischer Kommunisten sich wegen Gemeinverrats zu verantworten haben werden. Die Ergebnisse dieser neuen Prozesse werden dann in der Verhandlung gegen die Mitglieder der Zentrale verwertet und es dürfte auf diese Weise eine Abklärung des Verfahrens erzielt werden.

Die Frage, ob die neuen Prozesse unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Niedner durchgeführt werden, ist noch durchaus offen. Senatspräsident Niedner hat kurze Zeit nach Beendigung des Tscheta-Prozesses einen längeren Urlaub angetreten und es hält sich in unrichtigsten Kreisen hartnäckig das Gerücht, daß der Präsident wahrscheinlich nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren wird. Diese Gerüchte werden mit der Tatsache in Verbindung gebracht, daß kurzzeitig gegen Senatspräsident Niedner ein Verfahren wegen Freiheitsberaubung schwebt, das sich auf die bekannten Zwischenfälle im Tscheta-Prozeß stützt, in deren Verlauf Rechtsanwalt Dr. Samter mit Hilfe der Polizei aus dem Sitzungssaal entfernt wurde. Dieser Verteidiger wird sich übrigens am 4. Juni vor dem Schöffengericht Königsberg wegen Beleidigung des Staatsgerichtshofs und des Senatspräsidenten Niedner zu verantworten haben. Wie erinnerlich, war es zwischen dem Anwalt und Niedner schon seinerzeit im Königsberger Kommunisten-Prozeß zu einem schweren Zusammenstoß gekommen. Auf eine Bemerkung des Vorsitzenden zu einem angeklagten Kommunisten, ob er sich nicht schäme, sich auf den „russischen Felsen“ zu verweigern zu lassen, erwiderte Dr. Samter, daß es eine unerhörte Heuchelei sei, wenn man behauptet, daß der Staatsgerichtshof nach demokratischen Grundsätzen verhandelt.

*

Das Anlagematerial soll also „erweitert“ werden. Nach einmonatiger eifriger Suchen muß der Oberreichsanwalt gestehen, daß sein Material nicht genügt, um den säch-

schen Schlag gegen die KPD. zu führen. Die Spitzelarbeit ist nicht fruchtbar genug gewesen. ...

Nunmehr versucht der Oberreichsanwalt, in „kleineren“ Prozessen gegen die Medlenburger Kommunisten, gegen den Genossen Maslow das Versäumte nachzuholen.

Der Skandal bei der Kommunalbank für Schlesien

Gausuchungen bei Stadtrat Prescher

Breslau, 2. Juni.

Während der Magistrat der Stadt Breslau am Pfingstsonntag in der Kommunalbankangelegenheit durch sein Presseamt eine tendenziöse Berichtigung verfaßte, zieht der Skandal weitere Kreise.

Am Sonntagabend fanden in der Wohnung des Stadtrat Prescher sowie in den Wohnungen von drei Direktoren der Bank Gausuchungen unter Führung eines Kriminalkommissars in großem Umfange statt.

Neber das Ergebnis der Gausuchung ist nichts bekannt geworden. Jetzt liegt jedoch, daß ein Untersuchungsvorgehen gegen Prescher und Konforten eingeleitet ist, das Herr Landgerichtsrat Dr. Frankel führt.

Freigedem ist Stadtrat Prescher immer noch im Amt, angeblich deshalb, weil der Regierungspräsident Dr. Janitsch sich im Urlaub befindet.

Wie fragen nachmal:

Wann wird die vorgesehene Behörde des Prescher ihn von seinem Amt suspendieren? Warum schreitet die Staatsanwaltschaft — die Verdunklungsgefahr immer annimmt, wenn Kommunisten angeklagt sind — nicht zu Bestrafungen, um Licht in die dunkle Angelegenheit zu bringen?

Fürchtet man, daß der Skandal zu groß wird?

Neue kommunistische Zeitung in Schlesien

Erste Nummer des „Berg-Echo“

Heute erscheint die erste Nummer des „Berg-Echo“, Organ der KPD. für das niederschlesische Bergrevier. Wir entnehmen seinem Artikel „Zum Geleit“ folgende Stellen:

„Zum ersten Male tritt heute das „Berg-Echo“ auf den Plan. Es löst die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ ab, die sich in den Jahren seit der Revolution zwar auch um die Interessen, die Sorgen, die Kämpfe und Leiden des mittelschlesischen Berglandes kümmerte, aber dies doch nur im Rahmen ihrer allgemeinen Provinzaufgaben tun konnte. Nun wird das anders sein. Nun hat auch das mittelschlesische Bergland seine Zeitung.“

Das „Berg-Echo“ muß eine scharfe und gefährliche Waffe werden im Kampf gegen den Hunger, im Kampf für die proletarische Revolution.

Diese Politik haben die 23 folgerichtig betrieben, ebenso wie die ganze SPD., die auch heute unter Hindenburg nur danach strebt, in eine Koalition mit den reaktionären bürgerlichen Parteien zu geraten und die in Hamburg das schon „geschickte“ hat, in Preußen nach Erweiterung ihrer reaktionären „Reinen“ Koalition (mit dem so „unverlässigen“, so „linken“ Zentrum) durch die offene monarchistische Volkspartei strebt und im Reich bedingungslos in jede Koalition gehen wird, wenn die Bourgeoisie ihre Latenzdienste brauchen würde.

Damit sind eigentlich unsere vier Fragen beantwortet. Aber wir Kommunisten müssen diese Antworten erweitern und jedem deutschen sozialdemokratischen Arbeiter sagen, was er zu tun hat.

*

Zunächst sei bemerkt, daß das, was die sogenannten Linken suggerieren als Ausweg angegeben, noch schwärzer ist als das,

was die Hilferding, Dittmann und Crispian in Halle trübten. Es gibt keinen dritten Weg. Wer nicht mit den Kommunisten gehen will, der muß mit der Kossel-Heuchelei, d. h. mit der Bourgeoisie, mit der Reaktion gehen. Die „Linken“ Führer wollen alle grundsätzlichen Fragen in zweifacher Hinsicht umlügen. Sie machen sie erstens zu einer „sächsischen“ Frage und zweitens zu einer Frage der Parlamentspolitik. Das ist grober und plumper und bärwäster Schwundel.

Die „sächsische“ Frage ist keine sächsische Frage. Überall sind die Parlamentsfraktionen, die oberen Parteiklassen, der gesamte Parteiparat der SPD. vollkommen unabhängig von der Mitgliedschaft. Das kann auch nicht anders sein, das ist in jeder bürgerlichen Partei so.

Sie haben von der „Diktatur von Kossel“ geschwätzt. Aber in der Kommunistischen Partei herrscht nicht nur eine Diktatur. In der Kommunistischen Partei, die eine internationale proletarische Partei ist, wird jede politische Frage von der Mitgliedschaft in allen Ländern beraten.

Vom Tage

Genosse Stetter, Mannheim, ebemaliger kommunistischer Reichstagsabgeordneter, ist ohne Angabe von Gründen verhaftet worden.

Im Ruhrgebiet häuften sich die Grubenunfälle. In den letzten Tagen der vergangenen Woche wurden 5 neue Unfälle gemeldet. Auf der Zeche Mathias C. in S. wurden durch Beschädigung des Förderkorbes 2 Kumpel tödlich verletzt. Auf den Zechen Fern und Alfen wurden 2 Kumpel durch Steine erschlagen. Auf Zeche Rheinpreußen wurde ein Kumpel durch herabfallendes Gestein getötet.

Die Sitzung der Vorkonferenz ging am 30. Mai zu Ende. Nach dem herausgegebenen Bericht hat sie den Vorkauf der Abrüstungsnote festgesetzt, welche der deutschen Regierung im Namen der Militärs überreicht werden wird.

In Olagow wurde in Anwesenheit von 200 Delegierten der Kongress der kommunistischen Partei eröffnet, der eine Kampfplakette für die bulgarischen Kommunisten annahm.

General Solombat und Oberst Chambrun sind in Belgien eingetroffen, um mit General Dougan über die Führung des Marokkorkrieges zu konferieren.

Im nordfranzösischen Industriegebiet von Charleroi ist eine Lohnbewegung der Eisen- und Stahlarbeiter im Gange, die wahrscheinlich zum Streik führen dürfte.

20 000 Zentralarbeiter Norditaliens stehen vor dem Generalkrieg.

SPD. und das ist den rechten wie „linken“ Führern der SPD. gemeinsam.

Die denkenden SPD-Arbeiter aber mögen antworten, ob sie ein Interesse daran haben, in einer solchen Partei zu bleiben.

Diese Fragen stellt der sächsische Aufstuf, obwohl seine Verfasser sich die Sache anders gedacht haben.

Mit Rostke oder Lenin, mit Heilmann und Bud oder mit Viehloch und Rosa Luxemburg, mit Crispian, Wels, Dittmann und den sächsischen 23 oder mit der SPD. und der kommunistischen Internationale — das ist die Frage, die die denkenden SPD-Arbeiter organisiert zu beantworten haben.

„Das Trauerpiel in Sachsen“

„Sozialdemokraten gegen Sozialdemokraten“.

Der „Vorwärts“ bringt unter diesen Überschriften den eigenen Verrat der Sozialdemokratie in Sachsen zur Kenntnis seiner Leser und tut so als ob ihm, ihm, seinen Brotgebern, den Wels-Parteiorganen die sächsische Verräterpolitik eigentlich gar nichts angehe. In der Tat ist in seiner verlogenen Demagogie über den sächsischen Innenminister, den Sozialdemokraten Max Müller, von einem „aus der Partei ausgeschlossenen“. Das ist der Gipfel! Jeder Arbeiter weiß, daß die sächsischen sozialdemokratischen Arbeiter zwar den Ausschluß Max Müllers und Kontrorien vollzogen haben, daß aber die Wels und Crispian diesem Ausschlußbeschlusse nicht nachgegeben haben. Die demagogischen Lügen des „Vorwärts“ haben nur den Zweck, die in sozialdemokratischen Lager rebellierenden Arbeiter zu beruhigen. Kein Wort sagt der „Vorwärts“ was der Parteivorstand auf die zahllosen Proteste aus sozialdemokratischen Kreisen gegen die Max Müller und Kontrorien getan hat. Untere wiederholten Behauptungen, daß der Parteivorstand hinter dem „aus der Partei ausgeschlossenen Innen-

minister Max Müller“ steht und nicht hinter den sächsischen Parteivorstand, bzw. daß der Parteivorstand den, aus der Partei ausgeschlossenen Innenminister Max Müller zu seinem Vorgehen aufgefordert und ermuntert hat, hat der „Vorwärts“ bisher vollkommen unbeantwortet gelassen. Seine jetzigen Beruhigungsspielen, die nur für die aufbegehrenden Arbeiter der sozialdemokratischen Partei fabriziert werden, dürften daher eher ein Durchfallmittel als ein Abfettungsmandat sein.

Roter Jugendtag in Landeshut

Dresdau, 2. Juni.

Die kommunistische Jugend Schlesiens veranstaltete ihr diesjähriges Pfingsttreffen in Landeshut i. Schl. Auf dem Marktplatz fand eine Versammlung statt, an der etwa 500 Jungarbeiter teilnahmen. Vertreter der K.P., der Jugendzentrale und der Bezirksleitung der K.P.D. hielten Ansprachen. Dann marschierten die Demonstranten unter Gelang revolutionärer Lieder durch die Stadt, die vollkommen unter dem Eindruck des Jugendtages stand. Ein genauer Bericht folgt morgen.

Roter Jugendtag

(Eigener Drahtbericht)

Frankfurt a. O., 3. Juni.

Hier fand während der Pfingsttage ein Roter Jugendtag statt, an dem 2000 Jungarbeiter teilnahmen. Propagierende von der Polizei unterstützte Faschisten empfingen die aebührende Belehrung.

Der zehnfache Mörder von Halle

Oberleutnant Viehler in Halle, der einerseits bei Feuerfällen auf die Thälmann-Versammlung kommandiert hat, tritt vor Gericht auf! Aber noch nicht als Angeklagter. Am 26. Mai gab es in Halle einen Prozeß gegen den Jugendgenossen Doll, der Ende Januar am Schluß einer SPD-Versammlung im Lokal erschien, vom Oberleutnant Viehler grundlos am Krage gepackt, von den Polizeibeamten freigelassen, am nächsten Tag von Viehler wieder verhaftet worden war und dann zwei Monate in Untersuchungshaft saß. An den eigentlichen Vorgängen war Doll völlig unbeteiligt, da er aber einmal in Untersuchungshaft gefesselt hatte, wurde er eben „tarifmäßig“ zu zwei Monaten und einer Woche Gefängnis verurteilt. Das Interessante an diesem „Mittagsprozeß“ ist aber die Aussage des republikanischen Arbeitermörders Viehler.

Erstens ist Viehler von dem Reichsbannergeneral Petersdorff mit dem Saalbuch in jener Bauers-Versammlung (zu der der Referent Bauer nicht kam, weil er tags zuvor wegen Barmaterialismus aus der SPD. ausgeschlossen war), beauftragt und eigens gegen kommunistische Versammlungsgesellschaften herbeigerufen worden.

Zweitens schüßert derselbe Viehler, wie er auch in dieser Januar-Versammlung ohne weiteres Befehl gegeben hatte, die Pistolen frei zu machen (nachdem der Saal schon mit dem Gummiknuppel geräumt war).

Drittens erklärte der Arbeitermörder Viehler, daß er sich bei Versammlungen im „Volkspart“, die ihm kritisch erschienen, stets mit der Versammlungsleitung in Verbindung setzte. Mit dieser Zeugenaussage hat sich der blutige Oberleutnant selbst des bewachten und planmäßig vorbereiteten Mordes bezichtigt, denn in der Thälmann-Versammlung hat er nicht nur das Organeil getan, sondern die Versammlungsleitung, als sie sich mit ihm in Verbindung setzen wollte, um das Blutbad zu verhindern, sofort mit der Waffe bedroht.

Es ist klar, daß davor die Führer der Sozialdemokratie den größten Abscheu haben. Sie wollen und sie müssen ohne jede Kontrolle der Mitgliedschaft ihre „Politik“ machen, die lediglich in Paragrafen mit der Bourgeoisie und zum Nutzen der Bourgeoisie besteht. Sie verlangen blinde Obedienz von den Mitgliedern, denen sie einen blenden Schein als Freiheitskämpfer vorsetzen. Sie selber aber denken nicht daran, Obedienz zu halten und Parteitage beschließen durchzuführen. Parteitage, Mitgliederbeschlüsse, darüber in den Parteiparagraphen die Diktatur der Koalitionsteilhaber, der bürgerlichen „Freunde“, allein maßgebend; der Massen sie sich gern. Auf alles übrige pfeifen sie.

Das ist in der gesamten SPD, so und daher ist es klar, daß die Partei anzurufen, um die 23 zur Vernunft zu bringen.

Aber darüber hinaus handelt es sich doch nicht um eine parlamentarische Frage, wie die „linken“ SPD-Leute zu Vergewaltigungen behaupten.

Würde es sich darum handeln, so hätten sie noch weniger Recht zu sagen. Sie alle, die „linken“ Helben, haben sich ja oft genug über die Frage der Koalition ausgesprochen und laut beteuert, er handle sich da um keine prinzipielle Frage, sie seien nicht etwa gegen die Koalition aus — — —

Was soll dann das Geschrei? Wollen sie an die Stelle der 23 treten? Oder welche andere auch nur parlamentarische Taktik haben sie vorzuschlagen? Natürlich keine.

Sind sie jemals offen gegen die Weimarer Koalitionswirtschaft aufgetreten, die sich dem Wesen nach in nichts von der „großen“ Koalition unterscheidet? Sind sie offen gegen das Reichsbanner aufgetreten? Wegen der ekelhaften Kandidatur des „Republikaners“ Marx? Niemals. Sie sind Fleisch und Blut vom Leibe der 23. vom Leibe Rosies. An ihr Geschrei ist Bluff.

Das wissen wir Kommunisten und das sagen wir laut allen denkenden sozialdemokratischen Arbeitern. Mögen sie nachdenken.

Aber wir haben ihnen mehr zu sagen.

Wir sagen ihnen, daß sie sich wieder, wie die USPD 1920, in der Lage befinden, wo sie klar entscheiden müssen: mit den Kommunisten oder mit der Reaktion.

Mögen sie jetzt gerade anlässlich der sächsischen Koalitionsbedingungen, mögen sie vor allem in Sachsen die berühmten 21 Bedingungen der kommunistischen Internationale, über die ihnen ihre Führer soviel Unsum erzählt haben, genau lesen und diskutieren.

Diese Bedingungen zeigen genau, was der sächsische Konflikt ist.

Es ist weder eine proletarische revolutionäre Partei. Denn nach dem von den Kommunisten hinausgeworfenen, den Parteibau von Grund auf ändern, Diktatur und Zentralismus von oben bis unten einführen, aus der Breite alle die bürgerlichen Journalisten werfen, die sie jetzt zu dem mächtigsten Organ der Bourgeoisie machen, in den Gewerkschaften durch revolutionäre Faktionen schaffen, um sie den Gewerkschaftsführern, die sich als Beauftragte der Bourgeoisie betrachten, zu entreißen, in die Parlamente nur Gewissen schicken, die dort Agitation betreiben und sich als Verbündete der Bourgeoisie fühlen und benehmen. Das ist der Weg der Kommunisten, das ist die „Diktatur von Moskau“. Das wollen die 21 Aufnahmebedingungen sicher stellen.

Alle SPD-Führer, welche wie „Halle“ fürchten sich davor wie der Zerfall vor dem Reichstag. Mögen die denkenden SPD-Arbeiter die 21 Bedingungen lesen und antworten, was daran „Führerliches“ ist für einen revolutionären Arbeiter.

Oder eine bürgerliche Partei zur Täuschung der Arbeiter. Das ist der Weg, die Politik, der Parteibau der

Ein Oberrittermörder

Der Roman einer Illusion. Von Otto Müller Glöck.

Und es ist eben das Verwerfliche an der kapitalistischen Gesellschaftsform, daß sie nur ein paar Paradiesen es ermöglichen, sich zu entfalten. Sie läßt extra ermöglichen, denn die meisten Paradiesen sind ungebildet und roh, trotzdem sie in Eisen und Bakstein wohnen und in Samt und Seide gehen. Und das wird der unendliche Segen der sozialistischen Gesellschaftsordnung sein, daß sie der ganzen Menschheit eine Entfaltung und jedem einzelnen Menschen eine Entwicklung seiner geistigen Anlagen ermöglicht. Bis die Arbeiterklasse nicht die Ausbeutung, diese größte Noth, die heute existiert, beseitigt hat, muß die Arbeiterklasse sich zwar das Bewußtsein aneignen, das sie notwendig zum notwendigen Kampf braucht, aber das Bewußtsein von Arbeit und der Umwälzung ist ganz einfach ein funktionierendes Gefühl. Übrigens ist der Kampf mit dem Lärmer für eine Ausnahme, denn es prägen sich doch von den Hunderttausenden Arbeiter, darunter nicht viele auf der Straße herum.

Jetzt hielt Fritz inne. Herr und Frau Berger, leben der Tag und nachten lange Gespräche nach dieser rechtlichen Behauptung. Rosa hatte mit großer Aufmerksamkeit die Rede von Fritz verfolgt und ihre Vermutung aus ihrer Empfindung heraus geäußert und gedacht, daß Fritz doch ein ganz anderer Kerl sei als ihr Vater, der ihr jetzt recht fern vorkam. Fritz selbst dachte, daß Fritz reichlich ausgesagt, und es wird wenig Sinn haben, denn diese Leute betonen ja schwerlich an. Am um Rosas willen können es nicht vermeiden zu sein, um ihr Verbot zu einer Gesandtschaft zu geben.

„Ne“, erwiderte Emil noch heiser, aber hartnäckig entschlossen, nicht zurückzugeben. Sie arbeiten ja nicht in der Fabrik und können die Arbeiter nicht, wie sie sich zu brachten, die Verdacht, die es da gibt, und wie reichlich sich da umgibt bezeugen, es gibt da keine Frage, daß man sich fürchtet, ein Arbeiter zu sein. Ein bürgerlicher Anständiger könnte es manchmal sagen.“

„Ja, ja“, kam ihm seine Frau zu Hilfe. „Sie Herr Seidel, hat ein gebildeter, feiner Mensch, das sagt ja auch gar niemand, daß man gegen solche Leute was sagen könnte. Sie können ja auch nicht ja mit den Arbeitern zusammen.“

„Bitte Sie“, unterbrach sie Fritz. „Ich habe von meinem verstorbenen Vater zum zwanzigjährigen Jahre in der Fabrik gearbeitet.“ „So, so“, konnte sie, „das hätte ich gar nicht gedacht.“ „Natürlich, ich arbeite erst seit zwei Jahren nicht mehr im Betrieb und bin übrigens immer in der Partei tätig

gewesen, wo man doch fast immer nur mit Arbeitern zu tun hat.“ „Was sind Sie denn jetzt, Herr Seidel, wenn man fragen darf.“ „Jetzt bin ich Geschäftsführer einer Parteibuchhandlung“, antwortete Fritz, wobei er das Wort Geschäftsführer ziemlich zaghaft aussprach. „Sehen Sie mal an“, forschte Frau Berger neugierig weiter, „da haben Sie doch in dem Alter schon einen guten Posten, da müssen Sie aber tüchtig sein. Und Sie sind doch auch in der Partei was und halten doch große Reden, da verdienen Sie wohl auch schon.“ „Ja, der Partei bin ich Mitglied des Bezirksvorstandes, ehrenamtlich, natürlich.“ „Na, da werden Sie es ja nochmal weit bringen, da kommen Sie wohl noch in den Reichstag, wenn es gut geht.“ fragte Emil interessiert. Fritz lachte. „Wenn es gut geht ja, wenn es gut geht, kann man ja alles werden.“ „Jedenfalls kommt Frau Berger sich doch nicht ihrer Reugier enthalten und wollte gern wissen, was Fritz für ein „Einkommen“ habe. Eine Mutter interessiert das immer, ja mal wenn sie nicht wissen kann, ob sie am Ende nicht doch die Schwiegermutter wird. „Na, da haben Sie ganz in der Höhe mehr als mein Mann.“ „Das können Sie ganz genau erfahren, denn ich habe keinen Grund, das zu verschweigen, ja mal wir Brüdern ja doch jeden Grund, den wir verdienen, verdienen müssen im Gegensatz zur Bourgeoisie, die sich um die Steuern zu brüden verzieht. Ich habe jetzt monatlich zwanzig Mark.“ „Ja“, schmunzelte Frau Berger laut, „das läßt sich mir gefallen, in Ihrem Alter, da können Sie ja was kommen, wo Sie sich keine Familie haben. Ich, wenn ich in der Höhe mal Dreißig herabbringt, da ist ein Geld bei uns, manchmal kommt er mit Zwanzig. Da haben Sie aber in Ihrem Alter schon einen schönen Posten, da können Sie gut was lernen für Ihre Wirtschaft hinter Sie.“ „Emil, nicht! Da auch was geworden, da können wir heute auch ein bisschen besser leben und da können man sich auch mal was leisten und braucht es nicht immer so zusammenzucken.“ „Ich habe doch immer gesagt, wenn einer bloß Arbeiter ist, da ist's nicht, da kommt was aus dem Elend nicht raus.“

Diese Behauptung des Gesprächs berührte Emil tieflich unangenehm. Er fürchtete, daß seine Antipathie in der Familie dauernd hit und führte keine tatsächliche Schwäche an diesem Punkte. Das es doch immer die wirtschaftliche Seite sein mußte, bei der sich diese Schwäche immer am häufigsten auswirkte. Er sah sich durch seine Frau gezwungen an die Wand gedrückt, denn ihre alle Unzufriedenheit wurde durch solche Beispiele angeheizt und ihr Dumm als „Reaktionärer“ lebte auf, wenn er, wenn sie empfand es im Grunde noch immer als eine Schwäche, daß sie einen Arbeiter hatte heiraten müssen.

Fritz aber sah ein, daß er Kleinbürgerlicher, höchstenfalls ein Arbeiter sein sollte, hatte. Er empfand auf neue die

entschliche Gesinnungsart bei diesen Leuten, deren Denten immer um den einen Punkt kreiste, etwas zu sein, was sie nicht sein konnten, auf Grund der sozialen Verhältnisse, in die sie hineingeboren waren. Ein Elend erlachte ihn vor diesem erbarmlichen Emporemellen und doch nicht die Kraft haben, sich emporzuhoben. Und was gab es denn für ein Empor? Einzig das mit ihrer Klasse im gemeinsamen Existenzkampf.

Obgleich Fritz sich darüber Rechenschaft gab, daß es angebracht sei, dieser Kleinbürgerlichen reaktionären Auffassung eine revolutionäre Anschauung entgegenzustellen und er also noch einen Angriff unternehmen müsse, unterlag er der augenblicklichen „Nötigung“ durch die Hausfrau, „noch ein Stück Kuchen zu „kriegen“. So streckte er die Waffnen vor der Familie Berger und ihrem Geiste. „Fritz nahm den Kuchen, ab und philosophierte im stillen: „Es erweist sich als beinahe unmöglich, diesen Leuten, die dir so freundlich Kuchen spenden, für dich den Kaffee so stark süßen und mit Milch und Zucker nicht zeigen, obgleich sie alles mit erarbeiteten Großgeln bezahlen müssen, diese Liebesgaben mit einer neuen Großheit zu quittieren; denn eine Großheit wäre es geworden, wenn ich jetzt noch einmal „zur Sache gesprochen hätte“. Darum ab er gemächlich Kuchen, wie Rosa, die es sich ebenfalls noch schmecken ließ, schlürfte mit Behagen Kaffee, ergöhte sich an dessen Aroma und nahm reichlich Milch und Zucker dazu, nahm danach auch die Zigarette an, die ihm der Hausherr gab und machte es sich dann auf dem Sofa ein wenig geradelt so viel wie er es noch für „anständig“ hielt bequem und dachte, sich selbst ironisierend: „Weinetwegen kann ich der liebe Gott ein guter Mann sein.“ Inzwischen antwortete Fritz auf Fragen mit Fragen. Dabei entwickelte sich sein Verständnis für den Kleinbürger. Fritz dachte zwischen dem träge sich hin-schleppenden Gespräch hindurch: „Der Kleinbürger sehnt sich nach einem bürgerlichen Leben. Immer gut und genug essen, immer der Durs mit Kaffee, Bier oder Wein süßen können und dann immer eine vorzügliche Zigarre und viel Ruhe zur Verdauung zu haben, der dann ein langer und gelegentlicher Schlaf die Reihe und den Abschluß gibt. Vor allem immer erpödet zu können, sich mit geistigen Dingen anzustrengen und den armen Kopf zu quälen: nur nicht denken, dafür sind doch die nationalen Denker und Dichter da, die das alles ganz allein erledigen und die fertigen Gedanken befragen, soweit das nicht schon die Zeitung tut. Denn den Bürger „hat“ die Materie. Sie hält ihn fest, stopft ihn voll, so daß er sich nicht fühlt, und macht ihn träge, so daß er eine angenehme Sehnsucht nach einem süßen Schimmer verspürt und läßt ihn dann erwachen mit neuer Kraft, stark und selbstbewußt auf die armen-jeligen Menschen herabzusehen, die es unternehmen, weil sie selbst keinen humanen Idealismus im Leibe haben, die materialistische Weltanschauung zu propagieren.“ (Fortsetzung folgt.)

Sachsen und Oesterreich

Ein Kapitel zum Nachdenken für deutsche sozialdemokratische Arbeiter

Sachsen galt seit vielen Jahren als „rotes Königreich“. In diesem „roten Sachsen“ hat Hindenburg die absolute Stimmenmehrheit bekommen.

In Sachsen, wo im Landtag die Sozialdemokraten mit den Kommunisten die Mehrheit herrscht, herrscht der Bürgerblock. Zu diesem Bürgerblock gehören im Landtag 23 Sozialdemokraten. Dieser Bürgerblock hat eben eine deutsch-nationale-volksparteiliche Gemeindeförderung mit tätiger Hilfe der 23 monarchistisch-schwarz-weißen Sozialdemokraten, der Vertrauensleute des Dresdner Parteivorstandes durchgedrückt.

Sachsen ist eine schwarz-weiße Provinz des deutschen Monarchismus geworden, und die Sozialdemokraten haben das schiffliche Proletariat diese Bahn geführt. Nun gibt es Demagogen, welche erklären, an dieser Entwicklung seien die Kommunisten „schuld“, die das Proletariat „durch Spaltungen zerstückelt“ hätten. Zwar dürfte ein denkender Arbeiter auf diesen Unsinn nicht heretrasfallen. Aber da, leider, viele sozialdemokratische Arbeiter, erst jetzt zu denken anfangen, wo ihnen mit Hindenburg, dem durchgefallenen Marx, dem sächsischen Parteiführer und so manchem anderen gar zu starken Sobal vorgelegt wird, so wird es gut sein, sie auf ein anderes „rotes“ Land aufmerksam zu machen, wo die Kommunisten so schwach, leider, noch sind, daß ihnen selbst der abgegründetste Demagoge keine „Zersplitterung“ vorwerfen kann, und wo trotzdem die Sozialdemokratie die gleichen „Erfolge“ erzielt hat, wie in Sachsen.

Dieses geeignete Land ist Oesterreich.

In Oesterreich leben ungefähr 6 Millionen Menschen. Von diesen 6 Millionen, zu denen Kinder, Greise, Frauen, Landbevölkerung usw. gehören, wird eine Million direkt durch die vorzüglich organisierte österreichische Sozialdemokratie beeinflusst. Die Partei zählt über 500 000 Mitglieder; mit den Gewerkschaften zusammen, die ganz in der Hand der Sozialdemokratie sind, beeinflusst sie, wie ihre Statistiken besagen, ungefähr eine Million erwachsener Menschen. Man sollte denken, daß gegen diese kolossale Macht keine Kraft in Oesterreich denkbar ist.

Aber weit gefehlt! In Oesterreich herrscht eine christlich-faschistische Regierung. Das ist das „Recht“ der glorreichen „Politik“ der „Augen“ österreichischen „Sozialisten“.

Erst dieser Tage wurde man durch zwei Vorfälle wieder auf dieses böse „sozialistische“ Paradies aufmerksam gemacht. Die „Sanierung“ Oesterreichs durch den Völkerverbund ist pleite — diese Sanierung war das Prunkstück der „Politik“ der Bauer und Renner — und die großen und kleinen imperialistischen Mäuser gehen daran, Oesterreich unter sich aufzuteilen, wie reißende Wölfe ein wehrloses Lamm unter sich aufteilen. Das ist der erste Vorfall.

Der zweite ist dieser: Am helllichten Tage wurde an öffentlichen Wahllokalen der sozialdemokratische Bürgermeister Müller von paradiesischen, bemalten (versteht sich) Faschisten, Halenkreuzler natürlich, heftig ermordet. Beide Vorfälle sind eine glänzende Beleuchtung der „Erfolge“ des „konstruktiven Sozialismus“. Man darf nämlich nicht vergessen, daß 1918, als die Habsburger Monarchie zusammenstürzte, die Sozialdemokraten allmächtig waren. Sie besaßen ein Heer, das lediglich aus organisierten Arbeitern bestand. Heute hat dieses Heer lauter monarchistische Offiziere und der Wehrminister Baugoin ist ein offener Faschist.

1918 besaßen die Sozialdemokraten ein Recht von Arbeiterräten. Aber da sie „konstruktive Sozialisten“ waren, so schwärmten sie für „Demokratie“. Sie ließen die Arbeiterräte bis 1924 vegetieren, eingestandenemmaßen nur zu dem Zweck, um den Kommunisten den Wind aus den Segeln zu nehmen, und übten sich lieber in parlamentarischen Kunststücken und Jungendstreichen. Jeder echte Oesterreicher ist zwar, ob jung ob alt, nach der Statistik der Sozialdemokraten unter dem Einfluß der Sozialdemokratie, so daß eine Diktatur der Sozialdemokratie in Wirklichkeit eine Demokratie für die Ausgeborenen gewesen wäre. Aber als „konstruktive Sozialisten“ gegen sie einer wirklichen Demokratie, nämlich der proletarischen Diktatur, der Demokratie für die riesige Mehrheit des Volkes, die formale Demokratie vor, d. h. die Diktatur der Bourgeoisie, die Demokratie für die Reichen.

Der Finanzminister dieser Diktatur der Bourgeoisie heißt Thier, ist ein offener Faschist und schröpft die frowese schwer geschwätzten, hungerigen, arbeitslosen Massen. Die Arbeiterräte sind aufgelöst, aber dafür demagogisieren die Sozialdemokraten ihre „Macht“ im Parlament durch Trompetenschlägen, Skandale mit Raketen und durch Dauerreden. Das finden sie furchtbar „wichtig“, nachdem sie die volle tatsächliche Macht besessen haben und sie, als echte Vateien des internationalen Finanzkapitals, für leere Redensarten des „Völkerverbundes“ mit Wollust der Bourgeoisie übergeben haben.

Die wirkliche Macht aber hat in Oesterreich der holländische Bürgermeister Zimmermann, der Kommissar des „Völkerverbundes“, nach dessen Weise alle bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie tanzen. Das ist das Resultat der „Realpolitik“ jener Bauer, Adler, Renner, Seis und Konsorten, die 1919, als westlich von ihnen die Mischener, östlich die ungarische Käterepublik bestand, als in Italien die Arbeiter- und breiten Bauernmassen offen mit der Revolution sympathisierten, als in Deutschland die SPD ihr häßliches Weggehandwerk noch nicht vollendet hatte, als in Oesterreich selbst die Arbeiterbewegung waren und ein gutes Arbeiterrecht besaßen, vorzogen, ihren Renner auf Beistehen zu übernehmen und Müller zu liquidieren und ihnen Populität zu verschaffen, um sich nur ja nicht in die Front der Revolution einzureihen.

Wäre diese Front 1919 durch ein rotes Oesterreich geschlossen worden, so würde heute die ganze Welt anders aussehen. Aber die Renner, Bauer, Adler u. Co. trieben „Realpolitik“ — und die Reaktion herrscht nicht nur in Oesterreich mit seiner „starken“

in Wirklichkeit ohnmächtigen, weil bürgerlichen Sozialdemokratie, wie in ganz Europa, wie überall, wo die Sozialdemokraten „Realpolitik“ getrieben haben.

In diese sehr nützliche Lehre sollten die sozialdemokratischen Arbeiter denken, wenn sie sich fragen, wie Sachsen, das unter Wilhelm und unter Friedrich August Kolbart rot war, unter Bud, Lipinski, Max Müller, Fleisner, Beetzke, Arst, Wirth, Jellisch, Plebmann und wie all die rechten und linken „sozialdemokratischen“ Heiden helfen mögen, schwarz-weiß-rot geworden ist.

Die SPD-Arbeiter mögen sich fragen, ob nicht die Kommunisten von Anfang an recht gehabt haben mit ihren Prophezeiungen über die „Realpolitik“ der SPD, und sie mögen dann die nötigen Schlüsse ziehen.

Der Mitgliederbestand der kommunistischen Partei Rußlands

Zu Anfang dieses Jahres zählte die KPD 741 117 Mitglieder und Kandidaten, d. h. anderthalbmal soviel wie vor einem Jahre, als die Mitgliederzahl der Partei 446 039 Kommunisten betrug. Dieses Wachstum ist in erster Linie auf das Lenin-Aufgebot zurückzuführen, das der Partei 203 000 Parteimitglieder zuführte. Im ganzen waren am 1. Januar 401 481 Parteimitglieder und 339 636 Kandidaten vorhanden. Von den 318 000 neuen Mitgliedern sind die erwerbende Mehrheit, 83,3 Prozent Arbeiter. Die Zahl der Arbeiter ist von 44 Prozent auf 57,9 Prozent des Mitgliederbestandes gestiegen. Die Betriebszellen in der Produktion umfassen 46,3 Prozent aller Kommunisten. Der proletarische Kern der Partei ist also bedeutend gestiegen. Die Bauern betragen 25,4 Prozent der Gesamtmitgliedschaft. 16,8 Prozent aller Mitglieder sind Angestellte.

Opak beiseite

Ein Bettler sprach einen Offizier an: „Kennen Sie mich nicht mehr, gnädiger Herr?“ — „Nein, ich erinnere mich nicht.“ — „Und doch bin ich Ihnen zu großem Dank verpflichtet, da Sie mir einst das Leben gerettet haben.“ — „Ich?“ — „Jawohl, ich war Soldat in Ihrer Kompagnie, und als Sie sich bei einem Essen aus dem Staube machten, war ich der erste, der Ihrem Beispiel folgte — und so war ich gerettet.“

Als der Sozialdemokrat Anton Fendrich im Kratze vom Kaiser empfangen wurde, erhielt er von ihm eine Handvoll Zigaretten. Auf die Bemerkung „Seiner Majestät“, er möge doch gleich eine Zigarette rauchen, sagte der wackere Kaiser: „Sozialist freudig erwidert.“

„O nein, um Gottes wille, die rauch ich nicht, die bring ich meine Kamerader, die hebe sie auf zum Andenken!“

Ich unterhalte mich mit einer vierzehnjährigen Kommunistentochter über Todesurteile und Kopfschlägen (zu diesem Thema gibt es ja gegentwärtig Stoff genug). In der Wand hängt als Tierhäut irgend ein alter Araberlapp.

Die Vierzehnjährige: Mit dem Säbel könnte ich Dir leicht den Hals durchschlagen.

Ich: Das geht nicht so leicht. Sie Musteln und Schenkel sind fett. In früheren Jahrhunderten ist es oft geschehen, daß der Henker vier bis fünfmal zuschlagen mußte. Deshalb hat man doch in der französischen Revolution die Guillotine eingeführt.

Sie (nachdenklich): Ach, damals haben die Bürger zum ersten Male Rücksicht auf Ueberanstrengung genommen.

Die fälligen Selbstmorde in der Schutzpolizei

Am 13. Mai erschloß sich der neunundzwanzigjährige ledige Polizeiwachmeister Hans Rothweiler von der zweiten Bezirkshaus, Polizei-Inspektor Wedding, mit seiner Dienstwaffe.

Einige Tage vorher töterte in Strallund der Schutzpolizist Gietz seine Braut und sich selbst durch einen Schuß mit der Dienstwaffe. Laut Pressemeldungen sind die Motive dieser Tat unbekannt.

Kurz vor der Tagung des Verbandes Preussischer Polizeibeamten in Eberfeld erschloß sich in Gronenberg bei Eberfeld ein Polizeibeamter. Auch hier gab man zuerst die übliche Meldung „Motto unbekannt“. Nach zwei Tagen kam sogar eine bürgerliche Zeitung mit der Mitteilung heraus, der Polizist habe ungeschickt mit seiner Waffe hantiert, und dadurch sei der Schuß losgegangen. Bei dem ausgiebigen militärischen Drill durch den man die Polizeibeamten zu guten Schützen ausbilden will, ist kaum anzunehmen, daß ein Polizeibeamter sich „aus Versehen“ mit seiner eigenen Waffe umbringt. Die Gründe liegen auch sicher hier tiefer.

Die gewerkschaftliche Organisation der Polizeibeamten, der Schradernverband und ihre Epigenorganisation, der VEB, sollten sich endlich mit etwas mehr Mut für die Lebensinteressen ihrer Mitglieder einsetzen, wenn sie nicht als ledigliche Selbstmörderorganisationen angesehen werden wollen. Aufgabe der Polizeibeamten ist es, einen dementsprechenden Druck auf ihre Gewerkschaft auszuüben.

Aus der Provinz

Sagen. Aus dem Stadtparlament. Als erster Punkt wurde der neue Bebauungsplan, dessen Ausarbeitung der Magistrat dem Stadtbauinspektor Berend aus Breslau übertragen hatte, behandelt. Dieser Plan umfaßt die ungefähre zukünftige Bebauung Sagens, als wichtigster Faktor in demselben ist eine neue große Hauptverkehrsstraße zu betrachten. Dieselbe soll abspalten von der Saganer Chaussee vorübergehend an der Saganer Wollspinnerei über eine neu zu bauende Brücke den Biber überschreiten, an der Pfarrgärten weiter in die Gartenstraße und bei der Oberbergschen Zuckfabrik schließlich in die Sprentauer Straße münden. Da von mehreren Seiten nach Befürchtungen laut werden, wird einem Antrage des Stadtbauinspektors G. Schimidt stattgegeben, welcher dahin lautet, die Beschließung über den Plan auf eine der nächsten Sitzungen zu verschieben und vorher eine örtliche Besichtigung vorzunehmen. Zur Verhandlung gelangte als zweiter Punkt ein Parzellenaustausch der Firma Gärtner Schälhal mit der Stadt. Genannte Firma bietet der Stadt eine 5600 Quadratmeter große Parzelle gegen eine solche von 2000 Quadratmeter im Stadthof. Das Holz beider Parzellen bleibt Eigentum der Stadt, außerdem erhält dieselbe eine etwaige Abfindung von 1000 Goldmark. Die Versammlung stimmt zu. (Hoffentlich zeigt sich diese Glasa

in Zukunft ihren Arbeitern gegenüber anders als bisher. (Wird werden und an dieser Stelle noch darüber unterhalten.)

Ohn Magistratsantrag über Ueberschlagung von Kurkosten in Höhe von 3400 Mark wird genehmigt. Zur Aufbringung der Mittel, welche die Unterhaltung der Berufsschulen erfordern, beschließt die Versammlung, jedem Unternehmer pro Kopf seiner Arbeiter eine bestimmte Summe aufzuerlegen, es kommen demnach ungefähr 70 Btg. pro Kopf, welche der Unternehmer zu tragen hat. Für die Errichtung einer Lehrlingsklasse in der Kaufmännischen Berufsschule bewilligt die Versammlung 504 Mk. Zum Ankauf einer Parzelle an der Delgasse, welche der Verbesserung des Zuganges von der Halbauer Straße nach der Delgasse dienen soll, werden 138 Mk. bewilligt. Da sich eine Umstellung des Stromnetzes durch die Unzulänglichkeit des alten nötig macht, beschloß die Versammlung, nach der Entschädigung eines Sachverständigen, daselbe von Grund auf umzuändern. Die Umstellung erfolgt von 110 auf 220 Volt. Die Kosten betragen ungefähr 110 000 Mk., sie sollen aus dem Werkfonds aufgebracht werden. Die Frage einer Entschädigung der Unternehmer neuer Lampen bleibt einer späteren Sitzung überlassen. Mit dem Bau soll so bald wie möglich begonnen werden. Der Haushaltsplan der Kammerverwaltung für das Jahr 1925 schließt ab mit einer Einnahme von 8 495 338 Mark und einer Ausgabe von 6 100 000 Mark. Durch Steuern zu bedecken sind 684 680 Mark. Der Etat wird gegen die Einkommen der Kommunisten in Anspruch genommen. Wegen der Vorschlag eines 150prozentigen Zuschlags zum Grundvermögen werden sich Kullisch (SPD) und der Genosse Kumerl. Genosse Kumerl lehnt im Namen der SPD-Fraktion Steuerzuschläge dieser Art ab mit der Begründung, daß dieselben letzten Endes doch nur auf die Proleten umgelegt werden. Erstauslich ist nur, wie ein Vertreter des Mietervereins, der Stadtverordnete Neumann von der bürgerlichen Fraktion, für diese Art von Steuern stimmen kann. Es fragt sich, ob die Mieter, deren Stellvertreter er dort ist, damit einverstanden sind. Uebrigens muß hier gesagt werden, daß sich derselbe bei Anlässen ähnlicher Art genau so mieterfeindlich benommen hat. Dasselbe gilt für den Stadtverordneten Herun als Vertreter der Fisch-Sünteschütz-Gewerkschaft, der auch mit in der bürgerlichen Fraktion ist. Der Vorschlag wird gegen die Stimmen der SPD- und SPD-Vertreter angenommen. Der Magistrat beantragte 100 Prozent Zuschlag zur Wanderlagersteuer. Dieser Antrag brachte eine lebhafteste Debatte hervor. Gegen denselben wandte sich im Namen der SPD-Fraktion der Stadtverordnete Hedmann. Unter Genosse Kumerl von der SPD-Fraktion wandte sich auch gegen diesen Zuschlag. Die kommunistische Fraktion, erklärte er, sei gegen jede indirekte Steuer, da dieselben nicht von denen getragen werden, welche dazu imstande sind, sondern auf die Schultern der Verbraucher der arbeitenden Klasse abgewälzt werden. Da der für den zweiten Bezirk gewählte Schiedsmann Kaufmann Blaurol abgelehnt hat, wird an seine Stelle der Kaufmann Jakob, Freistraße 8, gewählt.

Der Bau einer Volksbadeanstalt dessen Kosten sich auf ungefähr 50 000 Mk. belaufen würden, wird aus verschiedenen Gründen bis zum nächsten Jahre zurückgestellt. (Hoffentlich finden sich nächstes Jahr nicht wieder solche Gründe, um den längst geplanten Bau zurückzustellen; denn eine zeitgemäße Badeanstalt tut uns in Sagan wirklich not.)

Diegenig. Freige Berleumder. Genosse Friedrich aus Diegenig hatte den Parteisekretär der SPD, Fehlich wegen Beleidigung verklagt, und zwar aus folgenden Gründen. In einer öffentlichen Versammlung des Freibauer-Feuerbestattungsvereins welchem Friedrich angehört, war auch Fehlich in seinem Amt als Vorsitzender des „Polizei-Feuerbestattungsvereins“ anwesend. Als nun Fehlich zur Diskussion sprach, machte Genosse Friedrich einige Zwischenrufe. Derselben fertigte nun Fehlich mit folgenden Worten ab: „Das, was der Kommunist Friedrich sagt, ist für mich nicht maßgebend, denn Friedrich ist für seine Worte nicht verantwortlich zu machen (er fällt ja unter § 51).“

Nun fand am Montag den 25. Mai 1925 die Gerichtsverhandlung statt. Als Zeugen hatte Fehlich den Sekretär des Volksfeuerbestattungsvereins und die geborene Säule der SPD, den ehemaligen Kartellsekretär Weigelt (derselbe hat große Unterschlagungen gemacht) geladen; der letztere war nicht erschienen.

Genosse Friedrich hatte 3 Zeugen geladen.

Es konnte in der Verhandlung nicht festgestellt werden, ob Fehlich gelacht hat, er fällt ja unter § 51, da nur ein Zeuge dies gehört hat, während der andere Zeuge nur gehört habe und Fehlich dies auch selbst zugab, daß er gelacht hat, der Kommunist Friedrich ist für seine Worte nicht verantwortlich zu machen. Nachdem der Richter versucht hatte, es zwischen beiden Parteien zu einer Einigung kommen zu lassen, der Genosse Friedrich aber auf Verurteilung bestand, fielte das Gericht folgendes Urteil:

Fehlich ist für schuldig zu erklären, da der Ausspruch „der Kommunist Friedrich ist für seine Worte nicht verantwortlich zu machen“ dasselbe bedeutet, als wenn er noch dazugesagt hätte „er fällt ja unter § 51.“

Fehlich wurde also für schuldig erklärt, aber bei Straffreiheit außer der Bezahlung der Gerichtskosten, und zwar, weil solch beleidigende Aussprüche oftmals in öffentlichen Versammlungen in der Erregung leicht und ungewollt ausgebrochen werden.

In diesem ganzen Vorfall sieht man, mit welcher gemeinen und schmutzigen Mitteln die „Strategen“ der SPD arbeiten, wenn es gilt, einen Kommunisten oder die KPD vor den Massen herabzusetzen.

Der eigentliche Urheber der Verleumdungen des Genossen Friedrich ist der SPD-Mann Weigelt. Derselbe hat in seinem Amt als Arbeitersekretär Einblick gehabt in Mitarbeiterverordnungen des Genossen Friedrichs und hat dies mißbraucht und obige Verleumdungen gegen den Genossen Friedrich unter die Diegeniger Arbeiterschaft verbreitet. Fehlich war, wie der erste, der dies von Weigelt Gehörte in der Öffentlichkeit als Waffe gegen den Genossen Friedrich gebrauchte.

Aus der Partei

Die letzte Sitzung des Zentralausschusses hat folgenden Beschluß gefaßt:

Der ZA beauftragt eine Kommission von fünf Genossen zur Nachprüfung der in den letzten Monaten durchgeführten Ausschlußverfahren einzusetzen, sobald gegen diese Verfahren Beschwerden eingebracht wurden oder bis zum 15. Juni eingebracht werden. Zum Vorsitzenden dieser Kommission wurde der Genosse Otto Gschle bestimmt. Alle Zuschriften sind an die Adresse des Genossen Gschle, Berlin G 34, Rosenthaler Straße 38 zu richten.

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Schulz, Breslau; Redakteur: Artur Müller, Breslau; Verlag: Schließke Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau; Druck: Pöschel-Berlin, Druckereifabrik Breslau.

Liebig-Theater

Monat Juni 1925
Täglich 8 Uhr, Täglich 8 Uhr

**Gastspiel
Hartstein**
und Gesellschaft

Der unverwundliche
Erdbebenwurm!

Der Stolz d. 3. Kompagnie
Bisher über 2000 mal aufgeführt!

Ferner:

Dunio und Oegua
Die Straßengastgeber

Herrmann Meßtrum
Humorist

Hiken's Circus
Hauptstädter Theater

Tanzgastspiel Blinowa u. Worontzew
und Senta Bora

Witaly Orme
Spanische Operette

„Die goldene Spinne“
Juleski und Bortnerin

Mensch oder Illusion?
Die verblüffende Maschelle

Gemäßigte Sommerreise!

Berlammungskalender.

Andere Organisationen

Am 1. Juli. Freie Arbeiter- und Arbeiterinnen-Partei, 11 Uhr, abends 8 Uhr, in der Berliner Arbeiterbildungsvereinigung im Saal der „Hilfskassen“ in der Friedrichstraße 111.

RFB. In Zukunft werden alle Arbeiterinnen über die Berlammungskampagne nur im Berlammungskalender zu erreichen.

Gruppe Zentrum, die Arbeiterinnen werden im Laufe des Monats Juni, abends 7 Uhr, im Lokal „Zentrum“ in der Friedrichstraße 111, ein Bildnis der Arbeiterinnen zu Ehren des 1. Juli.

IAH. Am 1. Juli. Noch immer zeigen eine große Anzahl Arbeiterinnen die Berlammungskampagne der Arbeiterinnen nicht an. In der Berliner Arbeiterbildungsvereinigung im Saal der „Hilfskassen“ in der Friedrichstraße 111, abends 8 Uhr, werden die Arbeiterinnen gebeten, die Berlammungskampagne der Arbeiterinnen zu Ehren des 1. Juli, am Sonntag, den 1. Juli, abends 7 Uhr, im Lokal „Zentrum“ in der Friedrichstraße 111, ein Bildnis der Arbeiterinnen zu Ehren des 1. Juli.

Bettfedern
und Daunen (böhmische Landware)

pa. Inletts, Bettwäsche,
Damenwäsche, Hauswäsche

empfehlen zu billigsten Preisen

E. Liebig
Bettfedern und Wäsche-Spezialh.

Neue Taschenstr. 1a, 1. Etg.
(Kein Laden)

Schauspielhaus

Operntend. bne
Tel. Ring 2546.

Seute 8 Uhr
und täglich:

**„Anneliese von
Deffau“**

Ausscheiden!
Aufbewahren!

**Ein Wort an die
Frauenwelt!**

Fort mit allen wert-
Aschebotten- u. hyg. und
kosm. Gebiete.

Lassen Sie sich nicht
führen durch viel er-
sprech. hoch klingende
Anpreisungen. Meine
kräftig wirkenden Spe-
zialmittel helfen sicher
Auch in hoffnungslosen
Fällen überraschende
Wirkung schon in wen-
igen Stunden. Keine Be-
rufsstörung. Vollkommen
unschädlich. Garantie.

Viele Dankschreiben
Diskreter Vers. p. Nach-
nahme

Frau Emma Kell,
Hamburg 112,
Steindamm 39.

Teilen Sie mir ver-
trauensvoll Ihre Wünsche
mit. Auch Sie werden
mir dankbar sein.

Werbt neue Leser!

Zickelfelle

sowie alle anderen Arten
Häute und Felle, Haare u.
Wolle usw. kauft zu aller-
höchsten Tagespreisen

H. Freudenberger
Häute und Felle

Breslau I, Kupferschmiedestr. 54

Einlg. Lange Holzgasse. Tel. Ohle 9146

Junge Burleschen

gewandt u. zuverlässig
sofort gesucht

Expedition der
„Schlesischen Arbeiter-Zeitung“

Breslau, Trebnitzer Straße 50

Werbt neue Leser!

Genossen, rüstet Euch für den Kampf!

DIE INTERNATIONALE

Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus
begründet von Rosa Luxemburg und Franz Mehring

Die beiden großen Toten rufen Euch zu:
Schult Euch für den Kampf!

Jeder Kommunist muß ein
Funktionär
der Arbeiterklasse sein!

Folgt diesem Ruf und lest DIE INTERNATIONALE

Zu beziehen
durch die Literaturobleute und die

Buchhandlung Breslau, Trebnitzer Str. 50

Führer durch die Geschäftswelt von Waldenburg und Umgegend.

Konfektionshaus
Max Silbermann
Herren- u. Knaben-
Bekleidung

Willst Du billig Möbel kaufen,
brauchst Du nur zum **Wendf** hin laufen
Telephon 1253

T. Wendf
Möbelversandhaus
Auenstrasse 36 a Am Sonnenplatz

Haus- u. Küchengeräte
Partiewarenhaus
am Sonnenplatz

**Waldenburger
Schuhwaren-Haus**
A. Jüptner
Friedländerstr. Nr. 5

Gustav Neumann
Schuhgeschäft
Sonnenplatz
führt Schuhe gut und billig

Fritz Gruhn
Papierhaus
Schul- und Büro-Artikel
Sandstrasse Nr. 3

Fritz Thomas, Lederhdlg.
Waldenburg u. Wüstegiersdorf
Fernsprecher Nr.

Berliner Warenhaus
Adolf Jacobsohn
Waldenburg, Gartenstr. 6
Wirtschaftsartikel, Spielwaren

**Möbelhaus
Hermann Feder**
Kirchstrasse 3
Beerdigungs-Institut

B. Gebauer
Kreuzstrasse 5
Tabakwaren, Schokolade und Konfitüren
engros endetail

D. KORN
Waldenburg, Friedländer Straße 10
Herren-Konfektion
Alleinverkauf der Firma
Louis Mosberg, Bielefeld

Samen-Handlung
Schlossarczyk & Liebert
Inhaber Otto Liebert
Fernspr. 775 Auenstr. 1 Fernspr. 775

**Kaufhaus
Max Holzer**
Waldenburg
Friedländer Strasse 10

Bahnhofs-Drogerie
H. Hellmann
Altwasser
Drogen/Farben/Seifen

R. Schober
Kolonialwaren
Hochwaidstrasse 8

Waffen u. Fahrradhandlung
Kolbe & Guder
Waldenburg, Vierhäuserplatz — Tel. 682

O. Schönfeld
Aeltestes
Zigarren-Spezial-Geschäft
Gepr. 1847 Freiburgerstr. 23 Tel. 610

Heinrich Olbrich
Hüte - Mützen - Herrenartikel
Schuhwaren - Arbeitskleidung
Wüstegiersdorf

E. Schneider's Nadl.
Altwasser, Bahnhof
Kunst- u. Weißwaren

R. Haupt
Textilwaren - Schuhe - Hausrat
Weißstein

Ferdinand Kaizler
Fahrrad-Handlung
Reparatur-Werkstatt

**Seifenfabrik
Otto Kunze**
Friedländerstrasse 6

Richard Moschner.
Schuhwaren, Manufakturen,
Herren- u. Damenkonfektion
Wüstegiersdorf.

Paul Bischof
Fabrik feiner Fleisch- u. Wurstwaren
Altwasser

Eise Ucko
Freiburgerstrasse 5
Spezialhaus
= für Photobedarf =

Emanuel Andrsch
Altwasser
Herren-Konfektion
Arbeiter-Kleidung
Hüte - Wäpche - Gummimäntel
- Bequeme Ratenzahlung -

Richard Bergmann
Altwasser
Kolonialwaren

Zigarren, Tabak, Zigaretten
kaufen Sie gut und billig bei
Franz Leonhardt,
Gottesberg, Fürstentauer Straße 34

Gute Schuhwaren
kaufen Sie bei
Oskar Malbaum
Altwasser

Carl Beutel
Altwasser

Georg Sindermann
Kolonial- und Tabakwaren
Altwasser

Kolonialwaren, Zigarren
Max Pefschke,
Wüstegiersdorf.

Ernst Lante, Weißstein
Reste und Partiewaren
Porzellan und Topfwaren

Spiritosen, Wein, Zigarren
Herbert Schäffer
Konfitüren - Süßfrüchte

**Kaufhaus
R. Hanke**
Weißstein

W. Schweitzer & Sohn
Spezialhaus
für Schulwaren, Leder und
Bedarfsartikel
Weißstein und Bad Salzbrunn

Franz Teuber
Möbel- und Bekleidungshaus
Weißstein

Eugen Leyser
Zigarrenhaus

Siegfried Jacob
Manufakturen
Damen-Mäntel - Blusen
Kurzwaren

A. Podolnik, Perlestr. 2
Obst und Gemüse

E. NIER
Arbeiter-Konfektion
und Schuhe

Max Wiesener
Agiar-Drogerie
Wüstegiersdorf

Drogerie „Zur Post“
Bertold Beer
Cochiusstraße 1

Eichner Nachf., Ing. 9
Manufaktur / Modewaren
Wäsche / Konfektion

Adolf Wilde
Spezialgeschäft für
Polstermaterialien

Gasthaus zur
Vorwärts-Hütte
empfehlen sich auch
renoviertes Lokal zu
Kampagnen- u. Betriebszwecken

**Konditorei u. Café
Vierhäuser**
Inh. Franz Scholz
hält sich bestens empfohlen

A. R. Opitz
Kolonialwaren
Haus- und Küchengeräte
Textilwaren

Reflektionshaus E. Hornich
Bettfedern
Weiß- u. Wollwaren

**Arbeitsbekleidung
F. Kunze**
Kirchgasse

Paul Krinke & Co.
Lederhandlung

P. Reiss
Schuhwaren, Herrenbekleidung
Hauptstrasse 17

Das deutsche Hungergebiet

Der letzten Ausgabe (Nr. 21) der in Berlin erscheinenden „Weltbühne“ entnehmen wir die nachfolgende Schilderung des Genossen Leo Lantia über die elenden Verhältnisse im Waldenburger Industriegebiet.

Die Elendsviertel des Berliner Nordens; der Hunger in den schändlichen Industriegebieten; der lässliche, blutige Kampf um ein Stück Brot, um ein Pfund Kartoffeln, dessen wackelnde Jungen wir durch lange Romane der Inflation gewöhnt sind; die „große Zeit“ des Kohlenabwärters; das nationale Hungersterben an der Ruhr — ich dachte, das hätte mich gehörig abkumpfen müssen gegen die Schrecken der Ruhr, die ich im niederschlesischen Kohlenrevier nun hauternd mitangesehen habe. Aber diese eintönige graue Symphonie des Elends hat Steigerungen, wie keines Menschen Phantasie sie erfinden kann. Vor der unerträglichsten Wirklichkeit dieser Städte erscheinen die aufstrebendsten Schilderungen sozial und wichtig.

Durch die hügeligen Vorstadtstraßen Dittersbachs führt die elektrische Bahn talwärts gen Waldenburg. Häßliche Wohngebäude, von Alter, Schmutz und Ruß zerfressene Mauern, die gegen das helle Grün der Wiesen und den Schnee der blühenden Obstbäume kontrastieren; landliche Vorgärten münden unvermutet in eine fast großstädtische Geschäftsstraße und geben einen freien Durchblick auf die waldigen Höhen des Galgenbärges.

Dann wendet sich die Straße: sauber gehaltene Gehsteige, Vorgärten, gepflegte Anlagen, die modernen Amtsgebäude mit glatter, strahlender Fassade fügen sich geschmackvoll in das friedliche Bild eines reichen Provinzialstädtchens: Rathaus, der weite Marktplatz, man glaubt sich beinahe in einem Kurort — da bräuen ein paar hohe Schöte von dem andern Ende der Straße, und als sie eine Biegung macht, treten mächtige Kohlenhalden bis dicht an das Gleis. Ein Gewirr von Seilen, Wasserleitungen, Batterien von Koksöfen, Ruß und geschwärzte, verfallene Mauern alter Baracken.

Im obem Teil der Stadt aber klettern finstere Gassen hügelanwärts: mächtige Mietstaketen, schmutzige, enge Höfe, in die kein Sonnenstrahl fällt — hart nebeneinander, unermittelt stehen hier die Gegensätze. Das ist Waldenburg, Hauptstadt des gleichen Kreises, das Zentrum des niederschlesischen Steinkohlenreviers.

45 000 Einwohner zählt der Ort, mit den umliegenden Dörfern und Gemeinden des Landkreises 180 000, davon 80 Prozent Industriearbeiter, der Rest gewerblicher Mittelstand und Beamtenstand: die schwarz-weiß-roten Fahnen an den dorischen Säulen und eleganten Willen sind eine klare Markierung.

Eine große Porzellanfabrik gibt es da, ein wenig Textilindustrie und — Kohlenzechen; die liegen in einem großen Auskreis um die Stadt, kaum zehn Minuten vom Marktplatz ist die Einfahrt in den mächtigen Juliuschacht. Bergarbeiter trotten kumpf, gebeugt, ohne ein Wort zu wechseln, zu vier, zu fünf die Straßen entlang, verschwinden einer nach dem andern in den finstern Häuserschluchten. Diese Säuer — 40 000 Bergarbeiter —

sind dem Tode geweiht.

Der Hunger frist sie auf. Männer und Frauen und Kinder.

Der niederschlesische Steinkohlenbergbau hatte schon immer mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Kohlenflöze sind bei weitem nicht so mächtig wie im benachbarten Oberschlesien, oft auch von mehreren Bergemitteln durchzogen, deren Auscheiden bei der Kohlengewinnung die Selbstkosten erhöht; das Ausschleppen von Kohlenflöze erfordert besondere und teure Schutzmaßnahmen — die Rentabilität der Produktion ist gering. Eine blühende Wirtschaftstribe, die sich von Monat zu Monat verschärft, esigt sie noch mehr ein.

Vor dem Kriege waren Oesterreich und die Tschechoslowakei Hauptabnehmer. In der Kohlennot der Kriegszeit und Nachkriegszeit haben sich diese Länder auf andere Produktionszentren umgestellt. Dann begann die stürmische Offensive der Braunkohle. Andere Rentiere können billiger produzieren, die hohen Selbstkosten sollen ausgeglichen werden. Also?

Also brennt man die Löhne ab.

Und dies ist das Ergebnis: Der tarifliche Gehalt eines Säuer beträgt bei 40 Stunden (1) Schicht unter Tage 3,84 Mark. (Die 40 Stunden sind vom Oberbergamt Breslau „aus Produktionsrückgründen“ verfrüht worden. Ein Protest der Bergarbeitergewerkschaften an das Ministerium ist bis jetzt nicht verhandelt worden. Aber in Deutschland besteht selbstverständlich offiziell der Achtstundentag. Preisfrage: Wo?)

Nach Abzug der Steuern und der sozialen Lasten für Pensionskasse, Krankenkasse, Invalidenversicherung, die zusammen 16 bis 18 Prozent des Lohnes verschlingen, verbleibt dem Arbeiter — im besten Falle — ein reines Einkommen von etwa

80 Mark im Monat.

Dafür zahlt er 10 bis 15 Mark für Wohnung weg. Mit dem Rest soll er Frau und Kinder nähren und kleiden. Es dürfte bekannt sein, daß die Bergarbeiter im Ruhrrevier keine Millionäre sind: nun, ihr Lohn beträgt unwehentlich 7,06 Mark oder fast das Doppelte wie bei ihren niederschlesischen Kameraden.

Wie leben diese niederschlesischen Säuer?

Sie hungern. Kartoffeln sind die einzige Nahrung; Tag für Tag. Sonntags gibt es „Fleisch“, 50 Pfennige darf dieses Festmahl kosten, erzählt mir die Frau eines Arbeiters, die vier Kinder zu ernähren hat. Aber das Fleisch ist: Brot ist hier ein rares Lederbüßchen. Entweder nimmt es der Mann in die Grube mit oder die Kinder zur Schule. Für beide reicht es nicht. So bekommen es die Kinder. Als ich mit einem Bekannten der Gewerkschaft durch die Straßen wanderte, da war, wo immer wir hinkamen — in der Schmiede, in der Kaserne, im Maschinenraum — die erste Frage bei der Begrüßung: „Halt Du mir nicht ein Stück Brot mitgebracht?“

Vor mir liegt eine Statistik über die Gesundheitsverhältnisse in den Waldenburger Volksschulen.

Von 5296 Kindern sind 1622 oder 30,6 Prozent vollständig krank, 203 davon leiden an offener Tuberkulose. Von den Kindern sind ohne warmes Mittagessen 6,2 Prozent; 21,4 Prozent besitzen keinen Mantel, 24,2 Prozent nur ein Paar Stiefel, 21,1 Prozent sind völlig unterernährt. Dazu kommt nur das Sekretariat des Bergarbeiterverbandes: „Bei den sozialen und Gesundheitsverhältnissen der Stadt Waldenburg müßten wir hinzufügen, daß es sich hierbei um Zahlen handelt, die absolut zuverlässig sind. Nur die Fälle sind eingestuft, wo die Kinder oder deren Eltern die Fragebogen einwandfrei beantwortet haben. In Wirklichkeit dürften die Verhältnisse noch bedeutend ungünstiger liegen, da, wie bekannt, diejenigen meist nicht berichtet, bei denen das größte Elend herrscht.“

Ja, es ist noch viel, viel schlimmer. Ich war in etwa 12 bis 15 Arbeiterwohnungen — gewiß nur ein winziger Ausschnitt des Elends, den ich zu sehen bekam. Aber danach scheint mir die Statistik wirklich allzu rosig.

Die „Wohnungen“, die ich besucht habe, sahen durchweg so aus:

Eine Kammer von 9—15 Quadratmetern. Sie ist Schlaf- und Wohnzimmer für durchschnittlich 6—10 Personen. 3 oder 4 Betten gibt es hier, in jeder schlafen 2 Leute: Eltern, die verheiratete Tochter mit ihrem Mann, die Kinder. Viele der Kammern haben kein Tageslicht; von den Wänden triefelt es herab. Da sind 2 Kammern, in denen 11 Personen wohnen; eine andre Stube dient der Witwe eines Bergarbeiters samt ihren 7 Kindern zur Wohnung. (65 Mark beträgt ihre Rente, von der sie 11,50 Mark für Miete bezahlt.)

Und so Wohnung auf Wohnung. Die Männer: verheiratete ausgemergelte Gestalten, mit 40 Jahren sie aus wie 60. Kinder mit Greisengesichtern, rachitisch, im Wachstum und in der geistigen Entwicklung weit zurückgeblieben. Alle kumpfapathisch, mit von dem einen Gedanken besetzt: Brot.

Das ist das deutsche Hungergebiet. Es liegt nicht an der Wolga, keine Mägenle, kein Bürgerkrieg und kein Bolschewismus

trägt die Schuld an diesem gräßlichen Elend. Es ist Frieden im Land, und der Wiederaufbau unserer Wirtschaft floriert prächtig. Deutschland hat der kluge, nächste Sinn seiner Bewohner vor der Revolution gerettet. Dieses hehre Bewußtsein mag ihnen das Sterben erleichtern.“

Waldenburger Wochenschau

Waldenburg, 3. Juni.

Werbe Redaktion!

Will Euch wieder einige Zeilen schreiben.

Am Sonnabend hatte ich einen kleinen Spaziergang durch das Waldenburger Bergland gemacht und kam so gegen zehn Uhr in die Nähe des Knappschachtslazarets. Hier sah ich einen

Massenandrang.

Ich kam näher, erkundigte mich, was eigentlich los wäre und erhielt die Auskunft, daß es krankfeiernde Bergleute waren, die ihr Krankengeld abholten. Bei der Meldung mit dem Krankenschein erhält hier jeder einen Zettel mit einer Nummer, um so der Reihe nach abgefertigt zu werden. Der Kumpel, den ich anfragte, hatte, trotz der noch frühen Stunde die Nummer

876.

Ich konnte mein Staunen nicht verbergen und erkundigte mich nach den Gesundheitszuständen auf den Gruben. Der Kumpel, der von den Fürstenseimer Gruben war, teilte mir mit, daß

18 Prozent

der Belegschaft krank sind.

Bei meiner Weiterwanderung kam ich nach Altwasser auf die Breslauer Straße. Hier wurde mir erzählt, daß der Maschinenführer Schneider in der Nacht von Freitag zu Sonnabend seinem Leben mit Hilfe eines

Stricks

ein Ende bereite. Ich fragte nach den Gründen. Der in den fünfziger Jahren stehende Mann war auf dem Juliuschacht beschäftigt und jetzt abgebaut. Brodlos und ohne Aussicht auf andere Arbeit, mußte er sich eben keinen anderen Rat

Später begegnete mir die Arbeiterinnen und Arbeiter aus der Züsch-Fabrik. Das Geschäft der Fabrik geht gut. Die Waren werden an eine Hamburger Exportfirma verkauft. Kaufmann werden ausgeführt. Es war Sonntag und die Arbeiterinnen klagten und schrien über die

Hungerlöhne.

Ich ließ mir die Lohnheute mit der Berechnung des Lohnes zeigen. Nachstehend einer, dessen Betrag bei weitem nicht der niedrigste war und deren Inhaberin eine verheiratete Frau aus der Abteilung Sortierstube war.

Brutto-Verdienst	23,—
Abzüge: Invalidenversicherung	— 40
Gewerbesteuer-Beitrag	— 05
Krankenkasse	1,07
Sonstige	10,—
	11,53
Rest	— 47
Netto-Verdienst	11,—

Man vergegenwärtige sich dieses: Waldenburg rechnet mit zu den teuersten Städten Schlesiens und Deutschlands. Eine verheiratete Frau bekommt für vierzehn Tage Sklavensarbeit einen Vorkauf und dann einen Lohn von elf Mark.

Das Antreibsystem fordert immer neue Opfer. Am Montag verunglückte auf der Segen-Gottes-Grube der Monteur Schelenz, welcher bei den Arbeiten zur neuen Kaserne beschäftigt war. Eine eiserne Schiene fiel um und verletzten ihn an Kopf und Rücken. Er mußte sofort ins Knappschachtslazarett überführt werden.

Die verwerfliche Lage des Waldenburger Proletariats wird grellartig illustriert durch Krankheit, Selbstmord und Mord. So werden in Nieder-Herrnsdorf zurzeit zwei Mann vermisst, die ohne Angabe woher, ihre Wohnungen einfach verlassen haben. Das ist der ledige, noch junge Arbeiter Kachnar aus der

Soweit Genosse Leo Lantia in der „Weltbühne“. Jeder Waldenburger Arbeiter, jeder Kumpel der dortigen Gruben weiß, daß hier keine Uebertreibung vorliegt. Eher das Gegenteil: die grausame Wirklichkeit des Waldenburger Hungergebiets kann durch keine Schilderung überboten werden. Unsere Leser kennen die blutige Ausbeutung und brutale Verelendung der Waldenburger Arbeiter aus den vielen Berichten unserer Betriebsberichterfasser und Arbeiterkorrespondenten des Waldenburger Industriegebietes.

Eine ungeheure Anklage gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung ist die Schilderung. Aber eine ebenso schwere Anklage spricht besonders aus dem letzten Abschnitt der Schilderung gegen alle diejenigen, die den revolutionären Kampf der Arbeiter gegen ihre Ausbeuter verhindern und den kapitalistischen Staat beschützen und befestigen. „Keine Revolution, kein Bürgerkrieg und kein Bolschewismus trägt die Schuld an diesem gräßlichen Elend. Deutschland hat der kluge, nächste Sinn seiner Bewohner vor der Revolution gerettet. Dieses hehre Bewußtsein mag ihnen das Sterben erleichtern.“

Diese Sätze aber hat die „Schlesische Bergwoche“ die die Schilderung des Genossen Lantia ebenfalls abdruckte, bezeichnenderweise nicht verstanden, oder ihre Redakteure haben sie im Schlaf gelesen. Über sollte die „Schlesische Bergwoche“ in einem letzten Augenblick die erbärmliche Rolle des SPD als Stützpunkt des Kapitalismus und als sein Versteck gegen die Revolution erkannt und bezeugt haben?

O nein! Dem sonst würde sie es nicht fertig bringen, die Regierungenstellen anzujammern, daß sie „ohne Verzögerung helfend eingreifen“ möge.

Keine Regierung wird „helfend eingreifen“ und erst recht nicht die SPD, diese feigste und erbärmlichste aller bürgerlichen Parteien. Helfen kann sich nur die Arbeiterschaft selbst. Nur der entschlossene revolutionäre Klassenkampf aller Arbeiter gegen das hemmungslose kapitalistische Ausbeutersystem, nur die Vernichtung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung überhaupt wird die Arbeiterschaft aus dem entsetzlichen Elend erlösen können.

Aber bis die deutsche Arbeiterklasse soweit ist, wird noch einige Zeit vergehen. Und das Elend der Waldenburger Kumpels wird immer unerträglich. Darum ist es ihre Aufgabe, ihre Gewerkschaftsleitungen zu zwingen, den sofortigen Kampf gegen die Waldenburger Kohlenbarone zu organisieren und durchzuführen. In jeder Grube müssen die Kumpels sich um die Parole sammeln:

Kampf um 50 Prozent Lohnerhöhung!
Her mit der Sieben-Stundenschicht!

sechzigjährige Grubenaufscher a. D. Fabig. Von beiden wird angenommen, daß sie

ihrem Leben ein Ende

bereitet haben. Der erste hat dieses vor seinem Weggang des öfteren geäußert und der zweite trug einen Revolver bei sich.

Daß die Bergarbeiter tatsächlich keine Menschen, sondern nur Arbeitsvieh, nur Sklaven sind, wird jetzt offen durch die

Beschäftigung von Strafgefangenen

auf dem Juliuschacht bestätigt. Am selben Tag, an dem die 20 Strafgefangenen hier angelegt wurden, wurden 20 andere Arbeiter entlassen. Wenn diese Provokation — anders kann man es nicht nennen — den Waldenburger Bergproleten die Augen nicht öffnet, dann könnte man an der Zukunft verzweifeln.

Aber: die Waldenburger Bergarbeiter sind aufgewacht! Mit

18 128 gegen 602

Stimmen haben sie am Montag die Verlängerung der Arbeitszeit unter Tage von acht auf achteinhalb Stunde abgelehnt. Der Wert dieser Abstimmung wird dadurch erhöht, daß der Bergarbeiter-Verband sich den Grubengewaltigen gegenüber verpflichtet hatte, keinerlei Propaganda gegen die Verlängerung der Arbeitszeit zu treiben. Die sozialdemokratische „Bergwoche“ hatte diesen Wunsch der Grubenbarone freiwillig respektiert und seinen Ton gegen die Verlängerung der Arbeitszeit gelockert. Nur das kommunistische Organ war es, welches zu der Frage schrie und noch vor der Abstimmung die Zuversicht ausdrückte, daß die Bergarbeiter die achteinhalb Stunden ablehnen müßten und werden.

Nur die oppositionellen Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, darunter sich viele Kommunisten befinden, waren es, die sich mit einem Handzettel gegen die achteinhalb Stunden wandten. Die anderen „Vertreter der Arbeiterinteressen“ schwiegen. Wenn die „Bergwoche“ jetzt schreibt, daß dort, wo diese Handzettel verteilt wurden, sind die Stimmen für achteinhalb Stunden eher etwas höher, so ist das lediglich zu bewerten als trübseliger Versuch, die eigene arbeiterverräterische Haltung zu verbergen, nach der Methode: „Halte den Dieb!“ Erstens: Die Handzettel sind in allen Gruben verteilt worden. Zweitens: Gleichviel wie die Abstimmung ausgefallen wäre, war es Pflicht der Kommunisten und der Gewerkschaftsopposition, das zu sagen, was im Interesse der Bergarbeiter lag, und zwar ohne Rücksicht auf die Wünsche und Interessen der Grubenbesitzer. Drittens: Die offene Stellungnahme der Opposition hat so manchen Kameraden gezeigt, durch welche Partei seine Interessen vertreten werden. Dieses steht die „Bergwoche“ deshalb schimpft sie. Ihre Leser schämen sich dessen, denn sie haben die Verteilung der Handzettel mit dem Protest gegen achteinhalb Stunden für richtig und notwendig gehalten.

Nach der Schilderung der ersten, ja verzweifelt Lage der Waldenburger Proletariat, will ich zu den heimlichen Neuigkeiten, wie: Promenadenkonzert, Beiräteung eines Sittlichkeitsverbrechens — nicht schreiben. Nur noch einige Worte zu dem

Berg-Geo.

Das Gesamtergebnis der Werbeweche steht noch aus. Einzelwerber haben wiederum große Erfolge zu verzeichnen. So der Genosse A. in Schweidnitz mit zwanzig neuen Lesern, der Genosse O. in Altwasser mit zehn. Die Geschäftsleute haben bereits erkannt, welche Vorteile ihnen das Inserieren in der Arbeiterpresse bringt. Die Genossen, die Leser, die Sympathisierenden werden nur bei den Geschäftsleuten kaufen, welche bei und inserieren. In einigen Orten hat es mit der Werbeweche nicht geklappt. Ich bin überzeugt, daß die Genossen hier das Veräumte nachholen werden.

Landkreiser.

In den Schacht gestürzt

Am 29. d. Mts. gegen 11 Uhr vormittags der Stelzer Müller vom Weilerbad, Weichgrube, Dittersbach...

Die katholische Schriftleitung der Metallarbeiter-Zeitung

(Von unserem gewerkschaftlichen Mitarbeiter.) Es ist kein Wunder, wenn nach der großen, von der SPD...

So dünkt es uns überflüssig, über Dymanns Tun und Trachten als Verbandsvorsitzender wie als Mitglied des Reichstags...

Der Waldenburger Vertreter

Der Redaktion und Geschäftsleitung unserer Zeitung ist wertschätzend von 4 bis 7 Uhr nachmittags zu sprechen.

Waldenburg, Mittwoch, den 24. Mai. In der Sitzung zur Friedendebatte am Sonntag, 24. Mai...

Zum Geleit

Genossen und Leser, von Schweidnitz unser neues Organ liegt vor euch. Viernährig und zielbewusst regt unser Organ...

Staatlich geduldeter Volksbeitrag ???

Am Dienstag fand hier eine überfüllte Versammlung der sogenannten Hypotheken-Gläubiger-Schutzbundes statt.

Arbeitslosen wird bestraft

mit Hunger und Glend. Das ist die neueste Erfindung der Schweidnitzer Behörden. Wird da wenigstens einem Genossen...

Ein feiner Geschäftsmann

in hier Herr Salla, seines Zeichens ein „ehrlicher“ Fahrradhändler. Wir haben uns ja schon mehrfach mit diesem...

da half kein ärztliches Mittel, kein Sachverständiger. Er hatte alle Räder aufgeschraubt und als neue Marken verkauft.

Ein Schlaraffenleben

führen die hiesigen von der Erwerbslosen-Unterstützung ausgesteuerten. Nachstehend eine kleine Tabelle, und zwar eine...

Table with 2 columns: Item and Price. Includes items like 1/2 Brot, 1 Pfund Margarine, 20 Pfund Kartoffeln, etc.

Das sind 6 M. und nun ergibt daraus, daß man, um nicht zu verrecken, die Bettstelle zerhackt zu Feuerholz...

Versammlungskalender für Schweidnitz

- Zur Werbeweche für das „Berg-Geo“ Mittwoch, den 3. 6., abends 8 1/2 Uhr, im Schwarzen Hahn...

Lokales

Stadtverordnetenvorlagen

Auf der Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 4. Juni...

Zur Schuldfrage an dem Bauunglück

schreibt der Gauleiter der Zimmerer folgendes: Zu dem schweren Bauunglück an der Ecke der Kaiser Wilhelmstraße...

Zum Juli Mayer tritt aus dem Freigeamt aus. Nach langwierigen Verhandlungen ist es bei Stadtgerichtlicher Gültigkeit...

Die „Schlesische Arbeiterzeitung“ hat sofort nach Bekanntwerden des Unfalls auf die Tragfähigkeit des Unternehmers hingewiesen...

Abendk. Singspiele gegen ein Geld. Die Familie Kersch hat seit Jahr und Tag ein Theaterstück in Pflege...

